Montag, 2. Februar 1925 · 73. Jahrgang Nr. 55

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Preise gedrückt
Zufuhr in Fischen reichlich
Kabeljau 0,45—0,60, Seelachs 0,40 bis 0,55, Schellfisch 0,55—0,70, Rotbars 0,30—0,50, Flundern 0,35 0,50—0,90, Schleie 1,10—1,40, Karpfen 0,80—1,00, 1,20—1,80, Hechte 1,20—1,50, Schleie 1,80—2,20, Butter 1,90—2,30, Eier St. 0,10—0,18
Heringe 0,25—0,35; in Eis: Hechte 0,90—1,00, Zander 1,60—1,80, Blei lebend: Aale 2,00—3,00, Karpfen

Eisbeinsbrot . . 0,50 Wasser . . . cbm 0,17
Milch . . . . . 0,30 Kohlenindex 124,4
Briketts Keller Ztr 1,35 Strassenbahn . . 0,15
Gaskoks Keller Ztr. 2,22 Hochbahn II 0,25, III 0,15
Stromo Grundgeb . 0,10 Stadtbahn II 0,25, III 0,15
Gas cbm 0,10 Omnib Teil 0,15, g Str 0,20

Tel. 0,15, ausw. o. Zon. u. Zeit
Rohrpost 0,36, -brief 0,40
Postk. 0,03 F u Ost 0,03
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10
Brief 0,05, Fern- u. Oest 0,10
Ausl. 0,25, Tschech. u. Ung. 0,20

telegr. d. Wort Berlin 0,08
Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,
Ndrl. Schweiz 0,10, Frankr. 0,14
Dtschöster., Norw., Tschech. 17
Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Russl. 35—41, Ver Staat 125-205

Gegen Herriots Poincarismus

Protest Goutenoire de Tourys auf dem Parteitag der Seine-Sozialisten – Billigung der Unterstützungspolitik

Paris, 2. Februar. (W. T. B.)

Auf dem Bezirksparteitag der sozialistischen Partei des Seinedepartements erhob gestern nachmittag vor der Abstimmung über die Resolution betreffend die Unterstützungspolitik der Sozialist und Pazifist Goutenoire de Toury Protest gegen die Unterstützungspolitik. Er wies auf die Mittwochrede Herriots hin, der die Bewaffnung Deutschlands übertrieben habe, ohne jedoch dabei dem Umstand Rechnung zu tragen, daß Deutschland sich inmitten von Nationen befinde, denen der Friedensvertrag jede Art von Bewaffnung gestattet habe. Toury erklärte ferner, die sozialistischen Abgeordneten marschierten hinter einem Block, der ebenso nationalistisch sei, wie der von Millerand und Poincaré.

Die Abstimmungen

Der Bezirkstag hat über die eingebrachten beiden Tagesordnungen abgestimmt. Er hat mit 2200 Stimmen sich für die Tagesordnung Brache-Longuet ausgesprochen, die von der Haltung der Abgeordneten gegenüber der Regierung Kenntnis nimmt und sie auffordert, so scharf wie möglich die Eigenart der sozialistischen Lösungen durchzusetzen, 1638 Stimmen wurden für die Fortsetzung der Unterstützungspolitik, die gebilligt wird, abgegeben. Der Bezirksparteitag hat ferner mit 2604 gegen 1516 Stimmen sich für die Verhältniswahl ausgesprochen, jedoch mit 3205 gegen 12 Stimmen bestimmt, daß, falls das Parlament sich hierfür nicht entscheidet, für die Rückkehr zu den Arrondissementswahlen eingetreten werden soll.

Sonntagsreden Herriots und Doumergues

über Frankreichs Wunsch nach Sicherheit

Paris, 2. Februar. (W. T. B.)

Im großen Saal des Trocadéro fand gestern eine Kundgebung zur Errichtung eines Denkmals für den Frieden und die Aussöhnung der Völker statt, deren Vorsitz Minister Herriot führte. Nachdem der rechtsstehende Abgeordnete Brunet, Abgeordneter von Paris, und der Führer der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, gesprochen hatten, ergriff auch Herriot das Wort, um wiederum auf seine Tätigkeit auf der Londoner Konferenz und während der Versammlung des Völkerbundes hinzuweisen. Ueber die Frage der Sicherheit erklärte er: Frieden in der Sicherheit! Denn wir sind nicht die Narren, von denen man spricht und nicht die Idealisten, als die man uns hinstellt und auch nicht die schlechten Staatsbürger, die man täglich der Entrüstung derer preisgibt, die angeblich die guten Staatsbürger sind! **Es ist ein Stolz für Frankreich und die Demokratie, daß Frankreich als erster Staat seine Unterschrift unter jenes Dokument gesetzt hat, das nunmehr nur noch der Unterschrift der anderen Nationen bedarf, um die endgültige Gharta des Friedens zu werden.** Man kann also jetzt nicht mehr sagen, daß Frankreich jene Macht ist, die nur an den Krieg denkt. Diejenigen, die die Verantwortlichkeit für das Schicksal unseres Landes haben, das so viel gelitten hat, diejenigen, die sein Schicksal sicherstellen müssen, vergessen nicht, daß, um den Frieden zu sichern, mehrere Länder vorhanden sein müssen, daß, um zusammen arbeiten zu können, ebenfalls mehrere nötig sind. Ich sage und unterstreiche dies, denn wir wollen weder erobern noch annektieren. Die Zeit ist gekommen, daß man Frankreich, das solange auf seinen Schultern das Gewicht des Friedens der Welt getragen hat, von jener unerträglichen Sorge um seine Sicherheit befreit, damit es sich den Aufgaben der Demokratie widmen kann, um den Versuch zu machen, seinen Arbeitern ein Statut zu geben.

*

Auf einem Bankett der Vereinigung der republikanischen Journalisten hielt Präsident Doumergue gestern eine Rede, in der er sagte, die Bemühungen Frankreichs seien fortgesetzt, ohne Zweifel noch zahlreichen Schwierigkeiten ausgesetzt, weil die Nachwehen des Krieges sich nicht so rasch beseitigen ließen. Frankreich habe mehr als irgend eine Nation gelitten, sein Gebiet habe als Schlachtfeld gedient, Frankreich müsse von seinen Freunden verlangen, daß die von ihm gebrachten Opfer nicht vergessen werden, und daß sie die Größe der Schwierigkeiten, denen Frankreich Rechnung tragen müsse, begreifen. Frankreich habe zahlreiche Beweise gegeben, daß es der Aufrechterhaltung dieser unerläßlichen Solidarität ergeben sei.

Es wäre ungerecht, in den Maßnahmen, die es ergreifen und in der Haltung, die es einnehmen müsse, imperialistische oder kriegerische Gefühle zu erblicken, besonders aber aus den Forderungen, die es stellen müsse, um sich wirtungsvoll gegen die wirklichen Gefahren zu schützen, die jenseits der Ostgrenze ein Geist imperialistischer und kriegerischer Revanche biete, deren beunruhigender Charakter jüngst die Ereignisse enthüllten. Dieser Geisteszustand habe glücklicherweise den Freunden Frankreichs die Augen geöffnet.

Chamberlain „bedauert den Ton"

der letzten Rede des Reichskanzlers

London, 2. Februar.

In einer Rede in Birmingham forderte der englische Staatssekretär des Aeußeren Chamberlain die Aufrechterhaltung und Verstärkung eines engen Bündnisses zwischen England und den Alliierten und erklärte, daß Frankreich eine Garantie gegen die Wiederkehr jener Verhältnisse haben müsse, deren Opfer es in den letzten Jahren gewesen sei. Solange eine solche Sicherheitsgarantie nicht gegeben sei, würden die französischen Befürchtungen niemals aufhören.

Nach einer weiteren Meldung erklärte Chamberlain dann zur Kölner Räumungsfrage, **daß er den Ton und den Charakter der deutschen Entgegnung und der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers bedauere.** Er fuhr fort: „Ich will nicht in eine in dieser Art geführte Kontroverse eintreten. Ich begnüge mich damit, von einem Satz der Rede des Reichskanzlers Kenntnis zu nehmen, daß nämlich seine Regierung mit aller Entschiedenheit entschlossen sei, **irgendwelche Verschleppungen in der Entwaffnungsfrage zunichtemachen,** die von den Alliierten bewiesen werden könnten, oder die durch andere Kanäle zu ihrer Kenntnis gelangen würden.

Ich begnüge mich ferner damit, den letzten Satz der Note der Alliierten, der der Aufmerksamkeit der deutschen Regierung entgangen zu sein scheint, zu wiederholen, nämlich, daß die Alliierten ihrerseits entschlossen sind, die mit dem Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.

Die liberale Presse ist anderer Ansicht

London, 2. Februar. (W. T. B.)

„Daily Chronicle" sagt in einem Leitartikel, Herriot habe in seiner Rede die Frage der Entwaffnung, die den Grund für die Nichträumung Kölns bilde, beiseitegeschoben und versucht, seine Politik der Nichträumung mit einem neuen Grund zu rechtfertigen, nämlich dem, daß Frankreich durch Nichtinkrafttreten der englisch-amerikanischen Garantie ein Recht erworben habe, die Besetzung deutschen Gebiets zu verlängern. Das Blatt Lloyd Georges schreibt: **„Wir können dieses Argument nicht einen Augenblick anerkennen, es besteht weder ein legales noch ein moralisches Recht hierfür.** Wir hoffen, daß die britische Regierung zu unmißverständlicher Weise klar wird, daß sie die neue These nicht annimmt noch annehmen kann. Hier liegt eine wirkliche Gefahr. Chamberlain hat uns bereits Grund zum Unbehagen gegeben, als er auf der Pariser Finanzkonferenz anscheinend die britische Auffassung von der Ungesetzlichkeit des Ruhrunternehmens preisgab. Diesem Fehler darf nicht der noch ernstere Fehler folgen, die Behauptung unwidersprochen zu lassen, daß Frankreich das Rheinland unbegrenzte Zeit besetzen dürfe, wenn wir nicht das Genfer Protokoll ratifizieren oder irgendeine andere Verpflichtung eingehen.

Die „Daily News" finden es schwer, zu begreifen, was Chamberlain meinte, als er am Sonnabend „Ton und Charakter" der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers bedauerte. Alle Berichte über diese Rede zeigten, daß sie überraschend versöhnlich sowohl in der Form als auch im Inhalt war. Es sei nicht weise, von einem offensiven Ton zu sprechen, wo niemand einen solchen entdecken könne. **Die Rede des Kanzlers sei in der Tat eine milde Antwort auf den dramatischen Ausbruch Herriots in der französischen Kammer gewesen.**

Professor Bredt,
ein Führer der Wirtschaftspartei, dessen Name im Zusammenhang mit der preußischen Regierungsbildung genannt wird.

Schnelldienst

In Rom wurde gestern der zweite Jahrestag der Gründung der faszistischen Terrormiliz gefeiert.

Die Karlsruher Staatsanwaltschaft hat mehrere Mitglieder der Kommunistischen Partei verhaftet, die unter dem Verdacht der Waffenverheimlichung stehen.

Das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten dementiert formell die Nachricht des „Cri de Paris", der Präsident der französischen Republik werde sich im Mai über Danzig nach Polen begeben.

Die Women's Peace Union, die die völlige Entwaffnung erstrebt, agitiert in amerikanischen Kongreßkreisen zugunsten einer Verfassungsänderung, welche Kriegsvorbereitungen, Kriegserklärungen und Kriegführung verbietet.

Braun gescheitert?

Ein Zentrumskandidat für die Ministerpräsidentschaft

Wie wir erfahren, ist es zurzeit noch nicht entschieden, ob Ministerpräsident Braun mit seinen Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis gelangen wird. Jedenfalls sind die verschiedenen Andeutungen in der Presse, als ob es nach einem etwaigen Scheitern der Braunschen Mission zu einer Auflösung des eben erst gewählten Landtags kommen würde, nicht ernst zu nehmen. Keine Partei denkt an diese Möglichkeit. Vielmehr käme noch neuem Verzicht Brauns die Uebertragung der Regierungsbildung an einen Zentrumsmann wieder in Frage. Es ist anzunehmen, daß die Volkspartei, die schon einsieht, daß sie sich in eine Sackgasse verrannt hat, unter einem Zentrumsministerpräsidenten es sich überlegen würde, ob sie nicht vernünftig zur Großen Koalition zurückkehren soll.

Eine Stresemann-Predigt

vor den Studenten

Halle, 1. Februar.

Bei der akademischen Tagung der Deutschen Volkspartei sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die Frage „Akademiker und Politik" und führte dabei unter anderem folgendes aus:

Das Festhalten der Tradition darf nicht zur Erstarrung der Meinungen führen, darf nicht daran vorübergehen, daß wir die Krisis der Gegenwart nicht überwinden mit träumender Resignation, sondern nur mit werktätiger Mitarbeit in der Gegenwart. Vergessen wird auch vielfach bei der Heldenverehrung der Vergangenheit die unendliche Schwierigkeit, den zusammengebrochenen Staat über verlorenen Weltkrieg und Revolution hinaus ohne Macht zur inneren Konsolidierung zu führen. **Die politische Betätigung der deutschen Akademiker muß als Ausgangspunkt die Staatsbejahung haben. Wir können uns den Luxus des Kampfes um die Staatsform nicht gönnen. Reich und Staat sind von außen und innen bedroht.** Nicht im Bekämpfen des Staates, weil seine äußere Form nicht gefällt, liegt der Ausfluß nationaler Gesinnung, sondern in der Selbstüberwindung, die gerade da mitarbeitet, wo von ihr innerlich die größten Opfer verlangt werden. Vielfach paart sich mit einer Verneinung der lebendigen Volkskräfte in unserem Innern ein gewisses unsoziales Denken, das den Autodidakten in Politik und Verwaltung überhaupt nicht gelten lassen will und sich darüber nicht klar ist, daß die Zurückhaltung dieser Volkskräfte, die in der Lage gewesen wären, ein in mancher Beziehung erstarrtes Beamtentum mit neuen Anregungen zu erfüllen, einer der Hauptfehler des alten Systems war.

Verkennen wir nicht, daß wir noch vollkommen in einem revolutionären Zeitalter leben, daß der Kampf um die Neugestaltung des sozialen Denkens, der wirtschaftlichen Begriffe, des gesellschaftlichen Aufbaus, nicht ausgekämpft ist. Man hat manchmal die Empfindung, als wenn nach dem Aufbrausen der ersten Nachkriegsjahre ein gewisses Gefühl der Saturiertheit sich der akademischen Jugend wieder geltend macht. Möge nie der Fachmann völlig siegen über den Menschen, der nach allgemeiner Bildung strebt. Möge man bei dem Rätselraten über den Einfluß jüdischer Kreise auf die Gestaltung des geistigen Denkens unseres Volkes sich auch klar darüber sein, daß dieser Einfluß sich vielfach ergibt aus der Ueberlegenheit, die das Verbundensein jüdischer Kreise mit den geistigen Strömungen der Gegenwart ihnen vor denjenigen gibt, für die das Leben mit Fachwissen und Erfüllung der Berufspflichten abgeschlossen ist.

Der Ex-Kronprinz als Rechtspolitiker

Ovation im schlesischen Landbund

Breslau, 2. Februar. (Privat.)

Der frühere Kronprinz, der sich politisch bisher nach seiner Rückkehr einigermaßen zurückgehalten hatte, ist jetzt aus dieser Zurückhaltung völlig herausgetreten. Er erschien am Sonnabend bei einer öffentlichen Kundgebung des schlesischen Landbundes, in der agrarische Schutzzollwünsche vertreten wurden, und in der auch die politische Agitation gegen die Linke und gegen Verständigungspolitik mit den Siegermächten eine breite Rolle spielte. Die Versammlung bereitete dem Hohenzollern, der feierlich empfangen wurde, eine große Ovation.

Vertretertag des Jungdemokratischen Verbandes Groß-Berlin. Am Freitag, 30. Februar, fand der erste Vertretertag des neugegründeten Verbandes statt. Er war von sämtlichen ihm angeschlossenen Vereinigungen beschickt und befaßte sich hauptsächlich mit der zukünftigen Arbeit. An die Entwicklung eines Programms durch den Vorsitzenden, Herrn Waerz, knüpfte sich eine rege Erörterung, die wertvolle Anregungen zutage förderte. Der